EUROPA 21.09.2018 | Daniel Gros

Sex und Populismus

Politisch ist der kleine Unterschied alles, aber nicht klein

Die Zahl der Migranten, die in Europa ankommen, ist deutlich zurückgegangen. Dennoch beherrscht das Thema Migration weiterhin die politische Debatte in der gesamten Europäischen Union. Die populistische, einwanderungsfeindliche Stimmung lässt sich also nicht darauf zurückführen, dass Mainstream-Politiker Europas Grenzen nicht schützen könnten, wie verbreitet behauptet wird.

Der Rückgang bei den Neuankünften in Europa setzte bereits ein, bevor zuwanderungsfeindliche Politiker in Italien die Macht übernahmen oder der Einwanderungsdruck beinahe zum Sturz der Regierungskoalition in Deutschland führte. Er ist größtenteils das Ergebnis von EU-Bestrebungen wie etwa dem Abkommen mit der Türkei oder der Zusammenarbeit mit libyschen Milizen und dem massiven Druck der EU auf Transitstaaten in der Sahara, ihre Grenzen zu schließen. Aufgrund dieser Maßnahmen ist Europa de facto zu einer Festung gegen die Migration geworden.

Warum also bleibt die Einwanderung bei vielen Europäern vorherrschendes Thema? Die Antwort darauf könnte wirtschaftlicher Natur sein: die Ankömmlinge der Jahre 2015-2016 haben bereits Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt geschaffen, da Einwanderer mit niedriger Qualifikation zunehmend mit wenig qualifizierten Einheimischen um Arbeitsplätze konkurrieren. Und es stimmt, dass die Feindseligkeit gegenüber Ausländern in den meisten Teilen Europas bei Geringqualifizierten am stärksten ausgeprägt ist.

Es besteht allerdings Grund zur Annahme, dass es um mehr als rein wirtschaftliche Aspekte geht. Zunächst ist festzustellen, dass die einwanderungsfeindliche (genauer gesagt: ausländerfeindliche) Stimmung beginnt, in Gewalt umzuschlagen und das nicht nur in Italien, wo bei mehreren Vorfällen auf Migranten geschossen wurde, sondern auch in Deutschland.

Der verstärkte

In Chemnitz kam es vor kurzem zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen

Wettbewerb um Partnerinnen kann im Falle eines deutlichen Männerüberschusses zu Gewalt führen.

rechtsgerichteten Demonstranten, Polizisten und Gegendemonstranten, nachdem zwei junge Männer aus dem Irak und Syrien einen Deutschen getötet hatten. Die Unterstützung der Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD) ist in Chemnitz und in der Region insgesamt stark, wobei die meisten Angriffe auf Ausländer in den neuen Bundesländern stattgefunden haben.

Mit Kriminalität und Arbeitslosigkeit sind diese Ereignisse nicht zu erklären. In Chemnitz leben weniger Ausländer als in vielen ähnlichen Städten Deutschlands, und die Kriminalität ist dort im Allgemeinen unter Kontrolle. Darüber hinaus ist die - in ganz Deutschland rückläufige - Arbeitslosigkeit in Chemnitz mit 7 Prozent nicht besonders hoch.

Es gibt noch eine andere mögliche Erklärung. Ihr Ursprung liegt in der Evolutionspsychologie. Ein in der Debatte um Migration selten erwähnter Trend ist der Anstieg des Männeranteils unter Flüchtlingen und Asylsuchenden. Von allen Schutzsuchenden der letzten drei Jahre in Deutschland waren zwei Drittel Männer – viele davon im Alter von 18 bis 35 Jahren. Während die Gesamtzahl der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung Deutschlands gering ist (2,5 Prozent), liegt der Anteil der Flüchtlinge an der jungen männlichen Bevölkerung in Deutschland weitaus höher.

Die Auswirkungen sind vor allem in Ostdeutschland spürbar. Hier besteht ohnehin ein zahlenmäßiges Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern - in den meisten Teilen der Region nähert sich die Geschlechterverteilung in den jüngeren Kohorten einem Wert von 115:100. Gebildete Frauen neigen viel eher als Männer dazu, wegen gut bezahlter Jobs nach Westdeutschland umzuziehen. Damit verfügt ein erheblicher Anteil der jungen männlichen Bevölkerung Ostdeutschlands über nur geringe Chancen, eine Partnerin zu finden und eine Familie zu gründen.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der verstärkte Wettbewerb um Partnerinnen im Falle eines deutlichen Männerüberschusses zu Gewalt führen kann. In einer Studie wird auch ein Zusammenhang zwischen Bürgerkriegen und Polygamie hergestellt, da die Polygamie dazu führt, dass Männer mit niedrigem gesellschaftlichem Status keine Ehefrau finden.

Gesellschaftliche

Die Feindseligkeit gegenüber Ausländern in Ostdeutschland - und vielleicht auch in ganz

Veränderungen sind nicht nur eine Frage der Ökonomie. Das müssen die politisch Verantwortlichen erkennen.

Europa – könnte also teilweise in einer ursprünglichen Abwehrreaktion lokal ansässiger Männer begründet sein. Sie wollen ihr Territorium einschließlich „ihrer“ Frauen vor anderen Männern schützen. Es ist wohl kein Zufall, dass Chemnitz den höchsten Männeranteil unter den 20- bis 40-Jährigen in ganz Deutschland aufweist.

Von dieser Situation sind nicht alle Männer gleichermaßen betroffen. Frauen heiraten tendenziell „nach oben” oder suchen Partner mit höherem sozioökonomischen Status. Daher sind es die weniger gebildeten und ärmeren Männer, deren romantische Aussichten durch den Zustrom männlicher Asylsuchender am meisten gefährdet sind. Und tatsächlich zeigen auch weniger gebildete und ärmere Gruppen tendenziell die stärksten Ressentiments gegen Migration.

Die Probleme aufgrund des Geschlechterungleichgewichts können aber nicht mit besserer Bildung oder stärkerer Einkommensumverteilung gelöst werden, da die Präferenzen bei der Partnerwahl nicht absolut, sondern relativ sind. Einheimische Männer mit den niedrigsten Einkommen und Bildungsniveaus werden immer schlechter dran sein, wenn sie mit einer großen Zahl junger männlicher Zuwanderer in Konkurrenz treten müssen.

Freilich sind die geschlechtsspezifischen Ungleichgewichte nicht die einzigen Ursachen für die einwanderungsfeindliche Stimmung, geschweige denn für den Populismus im Allgemeinen. Aber die Evolutionspsychologie, die diesen Wettbewerb um Frauen hervorhebt, kann unserem Verständnis dieser Phänomene eine weitere Dimension hinzufügen. Sie kann uns auch bei Prognosen helfen, wann und wo es zu Unruhen kommen könnte.

Gegen geschlechtsspezifische Ungleichgewichte an einem bestimmten Ort ist nur wenig auszurichten. Aber auch wenn das Problem nicht zu „lösen” ist, kann das Verständnis dafür einen Beitrag zur Schadensbegrenzung leisten. Beispielsweise, indem es Entscheidungsträgern ermöglicht, politische Strategien zu vermeiden, die entweder nicht sinnvoll sind oder die Spannungen verschärfen würden. So könnte die Einschränkung der Familienzusammenführung (zur Begrenzung der Ausländerzahl) die Situation verschlimmern, da die männlichen Asylsuchenden häufiger alleinstehend wären und Partnerinnen in der lokalen Bevölkerung suchen würden.

Länder wie Deutschland, die vor kurzem eine große Anzahl junger

männlicher Flüchtlinge aufgenommen haben, werden die Auswirkungen der sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Veränderungen zu bewältigen haben. Damit das gelingt, müssen die politisch Verantwortlichen erkennen, dass diese Veränderungen nicht nur eine Frage der Ökonomie sind.

Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier

(c) Project Syndicate



Daniel Gros
Brüssel

Daniel Gros ist Leiter des Think Tanks Center for European Policy Studies. Er war für den Internationalen Währungsfonds tätig und arbeitete als Wirtschaftsberater für die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie den französischen Premierminister und Finanzminister.